

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vorsitzender Horstick begrüßt Frau Dr. Menke, Leiterin des Hamaland-Museums. Er dankt ihr für die Möglichkeit, die Räume des Museums für die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen zu nutzen.

Öffentlicher Teil

Punkt 1: Besichtigung der Ausstellung "Fahr Rad" im Hamaland-Museum

Frau Dr. Menke begrüßt die Ausschussmitglieder im Hamaland-Museum. Sie erläutert die Ausstellung „Fahr Rad! – Zur Kulturgeschichte des Fahrrades“, die bis zum 12. Oktober 2008 im Hamaland-Museum zu sehen ist.

Vorsitzender Horstick dankt Frau Dr. Menke für die Ausführungen. Der Sitzungsort mit dem Besuch der Ausstellung sei bewusst gewählt worden, um die Positionierung des Kreises Borken als fahrradfreundlicher Kreis noch einmal zu unterstützen. Zusätzlichen Schwung erhalte diese Initiative durch den Münsterland-Giro, der im Oktober durch weite Gebiete des Kreises Borken verlaufe.

Punkt 2: 2. Controllingbericht 2008 Vorlage: 0178/2008

Berichterstatte:r: Hubert Grothues, Ludger Stienen

Herr Grothues erklärt, dass im Budget 08 – Planen, Bauen, Wohnen - keine wesentlichen Veränderungen zum Teilergebnisplan zu verzeichnen seien. Auf die Anfrage von Frau Söbbing-Krumkamp zu Budget 09 – Vermessung und Kataster -, wie die Abweichung von 170.000 € Personalkosten zu begründen sei, erläutert Herr Grothues, die Zusatzpersonalkosten seien einerseits krankheitsbedingt, d.h. befristete Einstellungen von Vertretungskräften, andererseits habe aufgrund der Änderung des Erbschaftssteuergesetzes, das die parzellenscharfe Begutachtung von Bodenrichtwerten erforderlich mache, eine personelle Aufstockung erfolgen müssen; dies werde aber durch die Budgetrücklage gedeckt.

Zum Budget 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen – informiert Herr Sonntag über die Abweichungen zum Teilergebnisplan. Aufgrund geänderter Bewertungsmaßstäbe im Rahmen der Einführung des NKF habe es im Produkt Gebäudebewirtschaftung eine Verschiebung in Höhe von 0,5 Mio. € von der investiven Bausanierung zur konsumtiven Bauunterhaltung gegeben. Auch bei den Energiekosten habe es eine Verlagerung gegeben. Aufgrund der dramatisch gestiegenen Ölpreise seien vorsorglich 100.000 € der Bauunterhaltung entzogen und den Energiekosten zugeführt worden. Dadurch ändere sich auch die Kennzahl Kosten für bauliche Maßnahmen pro qm Nutzfläche um minus 3,- €, die Kennzahl Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten pro qm Nutzfläche steige um 2,- €. Die unterschiedliche Änderung beider Kennzahlen liege daran, dass von steigenden

Energiekosten alle Gebäude betroffen seien, so auch die angemieteten, bei Änderungen in der Bauunterhaltung jedoch nur die im Eigentum des Kreises befindlichen Gebäude.

Auch die Kostensteigerung beim Straßen- und Radwegebau, so Herr Sonntag, seien zum Teil auf den gestiegenen Ölpreis zurückzuführen, da im Straßenbau ölbasierte Bitumenprodukte verwendet würden. Darüber hinaus herrsche derzeit eine erhöhte Nachfrage der öffentlichen Hand nach Straßenbauleistungen, was Auswirkungen auf die Angebotspreise habe. Dementsprechend habe eine Anpassung der Kennzahlen Kosten je km Kreisstraße und Kosten je km Radweg erfolgen müssen.

Herr Eisele bittet um Sachstandsmitteilung bei der Umsetzung der Maßnahmen zu Ziel 2 (Minimierung umweltbelastender Verbräuche), insbesondere der Erstellung eines Konzeptes zur alternativen Beheizung des Kreishauses. Herr Sonntag führt aus, die Verwaltung habe aufgrund des Untersuchungsauftrages aus dem Fachausschuss im Frühjahr 2008 einen Gutachter beauftragt, der bis zur Mitte der Sommerferien mögliche Alternativen bei der Beheizung des Kreishauses aufzeigen sollte; dieser Gutachter habe jedoch überraschenderweise nach einiger Zeit den Auftrag zurückgegeben, so dass ein zweiter Gutachter angesprochen werden müsse, der nun zunächst kurzfristig eine grobe Voranalyse durchgeführt und zu dieser Sitzung einen Zwischenbericht vorgelegt habe. Der Untersuchungsbericht sehe Variantenbetrachtungen verschiedener Heizsysteme vor. Die Beheizung des Kreishauses mittels Brennstoffzelle oder Wärmepumpe scheide aufgrund der Größe des Objektes aus. Auch Sonnenkollektoren zur Warmwasserbereitung seien eher ein Randthema, weil im Kreishaus nur marginal warmes Wasser benötigt werde (z.B. Duschen in der Leitstelle). Genauer betrachtet würden nun folgende Varianten: Der unveränderte Weiterbetrieb der vorhandenen Kohleheizung, der Ersatz der Kohleheizung durch zwei Gasbrennwertkesselanlagen sowie der Ersatz der Kohleheizung durch eine Gasbrennwertkesselanlage und eine Holzhackgutanlage. In der weiteren Begutachtung müssten nun die Vor- und Nachteile der Alternativen genauer analysiert werden, z.B. die Nutzung des vorhandenen Kohlebunkers für Holzhackgut und die Zusatzkosten für die Verlegung einer ausreichend dimensionierten Gasleitung an das Kreishaus.

Herr Eisele gibt zu bedenken, dass thermische Kollektoren nicht ausschließlich zur Warmwasserbereitung dienen, sondern durchaus für die Beheizung des Kreishauses in Betracht gezogen werden sollten. Er bitte, diese Möglichkeit auch gutachterlich prüfen zu lassen. Herr Sonntag sagt zu, den Gutachter entsprechend darauf hinzuweisen.

Herr Weikamp bemerkt, dass das Schulzentrum in Rhede über eine Holzhackgutheizung verfüge und gute Erfahrungen damit gemacht habe.

Herr Sonntag erklärt abschließend, dass auch der Altbaubestand der Brüder-Grimm-Schule in Gescher hinsichtlich energetischer Sanierungsmaßnahmen gutachterlich betrachtet werde; dies setze aber – wie auch die weitere Untersuchung des Kreishauses – tatsächlichen Heizbedarf in der kalten Jahreszeit voraus. Daher könne in der nächsten Ausschuss-Sitzung im Januar mit weiteren Ergebnissen gerechnet werden.

Herr Stienen weist auf die positiven Entwicklungen im Budget 07 - Verkehr hin. In der Zulassungsstelle würden Mehreinnahmen in Höhe von 300.000 Euro erwartet. Darüber hinaus zeichneten sich in der Führerscheinstelle sowie beim Schwerlastverkehr Mehreinnahmen ab.

Herr Stienen führt aus, dass durch organisatorische Verbesserungen in der Zulassungsstelle in den vergangenen Jahren Personal reduziert worden sei. Durch neu hinzu gekommene Aufgaben könne das Ziel, den Großteil der Kunden innerhalb von 10 Minuten zu bedienen, in den Nebenstellen gerade noch erreicht werden. Der Personaleinsatz in der Hauptstelle gestalte sich flexibler, da dort neben der Publikumsbedienung auch Verwaltungsaufgaben erledigt würden. Der Kreis Borken nehme an einem Interkommunalen Betriebsvergleich für Zulassungs- und Führerscheinstellen teil. Im kommenden Jahr seien Mitarbeiter- und Kundenbefragungen geplant. Über die gewonnenen Erkenntnisse werde der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen regelmäßig informiert.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes zum 31.07.2008 für die Budgets 07 – Verkehr, 08 - Planen, Bauen, Wohnen, 09 – Vermessung und Kataster und 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen sowie den Bericht über die Umsetzung der mittelfristigen Ziele und Maßnahmen zur Kenntnis.

Punkt 3: Errichtung von Photovoltaikanlagen
Vorlage: 0212/2008

Berichterstatte:r: Hubert Grothues

Herr Grothues skizziert kurz den bisherigen Ablauf der Untersuchungen, Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien auf kreiseigenen Gebäuden zu errichten. Er betont, dass die Verwaltung Wert darauf lege, mit dieser Vorlage keine Entscheidung über derartige Anlagen vorzubereiten, sondern die Sitzungsvorlage zur Kenntnis genommen werde. Die Verwaltung sei bereit, im Rahmen der Haushaltsberatungen in den politischen Gremien bei Bedarf weitere Informationen über das komplexe Thema Photovoltaikanlagen zu geben.

Herr Sonntag unterstreicht, das im Juli 2008 vom Fachplaner vorgelegte Gutachten sei sehr umfangreich und die Sitzungsvorlage gebe die Inhalte des Gutachtens sehr komprimiert wieder. Nach Feststellung von sieben geeigneten Gebäuden für die Errichtung von Photovoltaikanlagen müsse nun deren wirtschaftliche Realisierbarkeit im Hinblick auf die Entwicklung der Anlagenpreise, der Einspeisevergütung (deren Absenkung um rund 8% im nächsten Jahr zu erwarten sei) sowie der Frage der Finanzierung der Investitionen geprüft werden.

Herr Schlipfing fragt, ob eine Photovoltaikanlage in 2008 fertiggestellt sein müsse, um noch die höhere Einspeisevergütung für 2008 zu erhalten. Herr Sonntag bejaht dies; die Anlage müsse fertiggestellt sein und Strom in das Netz einspeisen, um eine Vergütung zu bekommen.

Des Weiteren möchte Herr Schlipfing wissen, ob die Anlagen tatsächlich 20 Jahre lang hielten oder dieses nur eine theoretische Annahme sei. Herr Sonntag erklärt, es würden 20 Betriebsjahre angesetzt und für eventuelle vorzeitige Ausfälle werde eine Versicherung abgeschlossen, deren Beiträge in die Betriebskosten einberechnet würden.

Herr Eisele merkt an, dass der Multiplikatoreffekt bei der Gesamteinspeisung beachtet werden müsse. Herr Sonntag entgegnet, dass der Effekt einer größeren Strommenge bei mehreren Anlagen hier eher nicht zum Tragen komme, weil die Anlagen nicht gebündelt errichtet würden, sondern die in Frage kommenden Gebäude in verschiedenen Städten lägen.

Herr Busen erklärt, die FDP-Fraktion lehne die Photovoltaikpläne der Verwaltung ab, da § 107 Gemeindeordnung (GO) dem Kreis die wirtschaftliche Betätigung nur in engen Grenzen erlaube und im Fall des Eigen-Betriebes von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden ein Verstoß gegen § 107 GO vorliege. Herr Sonntag entgegnet, dass nach herrschender Meinung in der Rechtsprechung die Nutzung eigener Gebäude für die Errichtung von Photovoltaikanlagen als sogenannte „Annexkompetenz“ durch § 107 GO gedeckt sei; dies sei durch die Revision des Kreises geprüft und bestätigt worden.

Herr Schulte sieht zur Thematik Photovoltaikanlagen weiteren Beratungsbedarf. Er sehe die gesamte Energiebilanz der Photovoltaik sehr kritisch, da ja auch die Herstellung der Photovoltaik-Platten erheblichen Ressourcenverbrauch verursache und die Bilanz am Ende plus/minus Null ausfallen könne. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Realisierbarkeit solle weiter

untersucht werden, die Dachflächen des Kreises für Dritte zur Verfügung zu stellen. Die Anregung aufgreifend verweist Herr Sonntag auf die in der Sitzungsvorlage beschriebene Alternative der Bürgerfonds. Er gebe aber zu Bedenken, dass zum einen einige Standorte im Kreisgebiet auf der „Sonnenkarte“, die die Jahressonnenstunden einer Region darstelle, nicht sehr vorteilhaft seien und daher für Investoren unattraktiv. Zum anderen könne kein nennenswerter Mietertrag für die Dachflächen des Kreises erzielt werden, damit ein Bürgerfond mit den sinkenden Einspeisungsvergütungen zurechtkomme.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag nimmt den Bericht der Verwaltung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern kreiseigener Gebäude zur Kenntnis. Über die Umsetzung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 entschieden.

Punkt 4: Freizeitfietsenbus-Konzept
Vorlage: 0218/2008

Berichtersteller/in: Ludger Stienen

Herr Stienen führt aus, das auf der Linie R76 zwischen Borken und Ahaus im Jahre 2005 eingeführte FietsenBus-Projekt sei stetig weiter entwickelt worden. Die Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Nutzung vorhandener Buslinien, die am Wochenende über ein ausreichendes Fahrplanangebot verfügten, am sinnvollsten sei. Die Idee, nicht nur Radfahrer, sondern auch Wanderer, Inliner und Besucher von Freizeiteinrichtungen anzusprechen und mit dem FreizeitBus gezielt Kultur- und Freizeiteinrichtungen anzufahren, habe sich nicht bewährt. Die Nutzerzahlen auf der Linie F1 seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben. 2008 sei das Angebot für die FreizeitfietsenBusse nochmals erweitert worden. Positiv bewerte er neben der kostenlosen Fahrradmitnahme, dass annähernd eine Flächendeckung erreicht werden konnte. Die Angebote auf den Freizeit- und FietsenBus-Linien seien jedoch zu uneinheitlich, um ein erfolgreiches Marketing betreiben zu können. Für 2009 werde vorgeschlagen, die Linie F1 nicht weiter zu betreiben. Der zentrale Teil der bisherigen FreizeitBus-Linie werde durch die R51 abgedeckt, die an Sonn- und Feiertagen mit Anhänger betrieben werde. Für die RVN-Linie 61 zwischen Bocholt über Isselburg nach Rees werde derzeit eine Verlängerung bis nach Isselburg-Anholt geprüft (siehe auch Tagesordnungspunkt 5). Der Raum Heiden/ Reken könne über die R74 bedient werden, möglicherweise mit einer Durchbindung über Hülsten hinaus bis nach Klein Reken. Das FietsenBus-Angebot auf der Linie R21 Borken – Raesfeld – Erle sei 2008 von den Bürgern nicht genutzt worden. Grund sei möglicherweise die kurze Entfernung. Sofern die Verlängerung der Linie bis nach Dorsten gelinge, könne der Fietsenbus auf dieser Verbindung weiterbetrieben werden. Für die Linie R61 Vreden – Stadtlohn – Gescher – Coesfeld sei die Ausweitung des FietsenBus-Betriebes auf den Samstag vorgesehen. Alle RegioBus-Linien und der S70 könnten 2009 an den Wochenenden mit Anhänger betrieben werden. Damit ergebe sich ein flächendeckendes Netz von FietsenBussen im Kreis Borken. Die Umsetzung des Konzeptes könne aus den Einsparungen aus der Einstellung der Linie F1 finanziert werden. Zusätzlich sei die Anschaffung von drei Anhängern geplant, die teilweise aus Landesmitteln finanziert werden könne.

Auf die Nachfrage von Herrn Schlipfing erläutert Herr Stienen, mit der Erweiterung der Linie R21 am Wochenende bis Dorsten könne Nutzerpotenzial aus dem Raum Dorsten und dem Ruhrgebiet erschlossen werden. Darüber hinaus ergebe sich für Jedermann-Nutzer am Wochenende ein zusätzliches Angebot.

eine wichtige Rolle für die Umsetzung des FreizeitfietsenBus-Konzeptes. Mit der Anpassung an den RegioBus-Takt erhalte die Linie eine neue Bezeichnung.

Herr Schlipfing und Herr Eisele regen an, im Sinne der demografischen Entwicklung die Anbindung der Krankenhäuser an das ÖPNV-Netz zu überprüfen.

Vorsitzender Horstick weist auf die erfolgreiche Entwicklung des Sprinterbusses hin. Die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Ergänzungen im Fahrplanangebot werte er als Konsequenz aus den bisher beschlossenen Maßnahmen.

Herr Stienen weist auf die günstige Entwicklung bei der Regionalverkehr Münsterland GmbH (aus Rückerstattungen und Einmalzahlungen) hin. Der hierdurch erweiterte finanzielle Spielraum sei sinnvoll genutzt worden. Durch die Verwirklichung des RegioBus-Konzeptes konnten die Nutzerzahlen deutlich erhöht und damit Mehreinnahmen erzielt werden. Der Ausbau der Angebote sei dauerhaft gesehen eine sinnvolle Investition.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgestellten Maßnahmen zum Fahrplan 2009 umzusetzen bzw. die laufenden Verhandlungen wie vorgestellt fortzuführen.

Punkt 6: Fortführung des Projektes Bürgerservice Pendlernetz
Vorlage: 0214/2008

Berichterstatter: Ludger Stienen

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) zu treffen, um den Weiterbetrieb des Pendlernetzes mit einem neuen Betreiber sicherzustellen.

Punkt 7: Verwendung der ÖPNV-Pauschale
Vorlage: 0215/2008

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen führt aus, das Land gewähre ab 2008 den Aufgabenträgern eine jährliche Pauschale. Das ÖPNV-Gesetz sehe hierfür keine bestimmte Verwendung mehr vor. Es müssten mindestens 80 % der Finanzmittel für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs an Verkehrsunternehmen weitergeleitet werden. Möglich sei eine investive Förderung oder eine Förderung der Verkehrsleistung. Die münsterländischen Verkehrsunternehmen plädierten für eine Beibehaltung der Fahrzeugförderung. Um die Finanzmittel in diesem Jahr auszahlen zu können, müssten kurzfristig Kriterien erarbeitet werden. Die Regionale Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG) erarbeite einen Entwurf für eine einheitliche Fahrzeugförderung. Schwierig für den Abstimmungsprozess sei, dass im laufenden Jahr keine Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen mehr terminiert sei.

Vorsitzender Horstick betont, die für die Fahrzeugförderung zu erarbeitenden Kriterien müssten einer gerichtlichen Überprüfung standhalten.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den betroffenen kreisangehörigen Städten Ahaus, Bocholt, Borken, Gronau und Stadtlohn die Übernahme der Geschäftsanteile an der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) zu verhandeln.

**Punkt 9: Projekt „Schutzengel“
Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
Vorlage: 0170/2008**

Berichterstatter: Karl-Heinz Busen

Herr Busen erläutert, dass bei schweren Unfällen, an denen junge Menschen beteiligt seien, oft Alkohol und Drogen eine Rolle spielten. Das Projekt „Schutzengel“ ziele darauf ab, dass junge Frauen oft vernünftiger und viel seltener an schweren Verkehrsunfällen beteiligt seien. Der Einfluss der jungen Frauen auf die Männer solle genutzt werden, um diese zu einem angepassten und verantwortungsbewussten Fahrverhalten zu bewegen.

Herr Stienen führt aus, dass in der Arbeitsgemeinschaft für Verkehrserziehung und –aufklärung (ArGV) auch das von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Projekt besprochen werde. Die ArGV werde dabei insbesondere die Integrierbarkeit in das bewährte Gesamtkonzept und die Ressourcen berücksichtigen. Mit der Polizei bestehe Einigkeit, dass Diskounfälle unter Alkohol- und Drogeneinfluss im Kreis Borken eine untergeordnete Rolle spielten. Nach Einschätzung der ArGV zeigten die Aufklärungskampagnen Wirkung. Die derzeitigen Schwerpunktprojekte zielten auf Radfahrer, Senioren und Kinder im Straßenverkehr. Die im FDP-Antrag vorgeschlagene Partnerschaft mit privaten Unternehmen gestalte sich schwierig.

Herr Schlipf schlägt vor, zunächst die bisher verwirklichten Projekte im Rahmen der Verkehrssicherheit und –erziehung aufzulisten und dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vorzulegen.

Auf Vorschlag von Vorsitzendem Horstick und mit Einverständnis von Herrn Busen wird der Antrag der FDP-Fraktion (SV Nr. 0170/2008) an die Arbeitsgemeinschaft für Verkehrserziehung und –aufklärung weitergeleitet. Von dort werde eine fachliche Empfehlung an den Ausschuss für Verkehr und Bauwesen ausgesprochen, so dass in einer der nächsten Sitzungen über den Antrag entschieden werden könne.

**Punkt 10: „PPP Projekt“
Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
Vorlage: 0169/2008**

Berichterstatter: Karl-Heinz Busen

Herr Busen erläutert kurz den Antrag der FDP-Fraktion und bittet um Zustimmung, einen Mitarbeiter des Kreises Lippe einzuladen, damit dieser einen Vortrag über das PPP-Projekt zur Straßenunterhaltung des Kreises Lippe im Ausschuss halte.

Herr Grothues berichtet über das PPP-Projekt im Kreis Lippe. Der Landrat des Kreises Lippe habe Mitte 2006 den Kreistag über ein Modellprojekt abstimmen lassen, wonach die Bewirtschaftung der Straßen im Kreisgebiet Lippe langfristig (bis zu 20 Jahre) von einem

Privatunternehmen durchgeführt werde. Gegen diesen Beschluss habe sich jedoch Widerstand in der Bevölkerung gebildet. Die Verwaltung des Kreises Borken sehe in dem Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft bei der Straßenbewirtschaftung keine sinnvolle Alternative zur derzeitigen Praxis im Kreis Borken. Der Kreis verfüge über ein gutes Straßennetz, das aufgrund eines systematischen Deckenbaues in seinem Zustand erhalten bleiben könne. Die Verwaltung verfolge einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem mit Hilfe der Straßendatenbank die Schadensklassen jährlich neu ermittelt würden und durch rechtzeitige Deckensanierungen die Unterhaltungskosten relativ gering seien. Die Gemeindeprüfungsanstalt habe dieses in ihrem letzten Untersuchungsbericht bestätigt. Die Übertragung der Straßenunterhaltung im Rahmen eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens an ein großes Unternehmen würde der Verwaltung den Einfluss nehmen, über die notwendigen Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen selbst zu entscheiden und auch für mittelständische und ortsansässige Bauunternehmen Auftragspakete zu schnüren. Derzeit werde einmal jährlich über das Straßenbauprogramm für die Folgejahre im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen vorberaten und im Kreistag entschieden, was bei der Beauftragung eines Privatunternehmens nicht mehr möglich wäre.

Herr Eisele weist darauf hin, dass ein Vortrag eines Mitarbeiters der Kreisverwaltung Lippe derzeit keinen Sinn mache, weil noch keine verlässlichen Zahlen des PPP-Projektes vorlägen.

Beschluss: 1 Ja-Stimme
12 Nein-Stimmen

Der Antrag der FDP-Fraktion ist somit abgelehnt.

Punkt 11: Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Stienen berichtet über den diesjährigen Münsterland Giro, der am 3. Oktober 2008 durch den Kreis Borken führen werde. Das Profirennen werde in Bocholt gestartet. In fast allen beteiligten Städten und Gemeinden des Kreises werde ein Rahmenprogramm angeboten. Dabei stehe das Fahrrad stets im Zentrum der Aktionen. Ein aktueller Überblick über das Rahmenprogramm, die Streckenverläufe für die unterschiedlichen Rennen und die Durchfahrtszeiten biete die Internetseite www.tourismus-kreis-borken.de. Hier bestehe auch die Möglichkeit, die Strecke aus der Vogelperspektive zu betrachten. Dieses Angebot sei entstanden aus der Zusammenarbeit der Organisatoren des Giro 2008 und des Arbeitsbereiches Geodatenmanagement für die Kreisverwaltung Borken. Ob sich aus dem diesjährigen Münsterland Giro ein jährliches Fahrradevent für den Kreis Borken entwickeln lasse, werde nach der Veranstaltung geprüft.
- Herr Stienen erläutert auf die Anfrage von Herrn Eisele aus der Sitzung des Kreistages vom 26.06.2008, dass sich die Unfallkommission mit den angesprochenen zwei Unfallschwerpunkten in Vreden befasse. Eine Lösung gestalte sich zurzeit schwierig. Die Schülerinnen und Schüler könnten einen anderen, sichereren Schulweg wählen. Wichtig sei es, diese Überlegungen über die Schule an die Eltern und Schüler weiterzugeben.

Herr Schlipsing weist darauf hin, dass bisher auf dem Teil des Schulweges weder ein Rad- noch ein Gehweg vorhanden sei. Die notwendigen baulichen Maßnahmen seien inzwischen von der Stadt Vreden beschlossen worden.

- Herr Grothues berichtet über den Baufortschritt der beiden derzeitigen Hochbauprojekte des Kreisbetriebs. Der interkommunale Bauhof in Nordvelen werde

rechtzeitig vor der diesjährigen Winterdienstsaison Ende Oktober/ Anfang November fertiggestellt. Der Neubau der Hans-Christian-Andersen-Schule für Erziehungshilfe in Ahaus sei voraussichtlich Ende des Jahres bezugsfertig.

- Herr Grothues verweist auf die ausgelegte Liste über die geplanten Baumaßnahmen zum kommunalfinanzierten Radwegebauprogramm (Anlage zur Niederschrift). Es sei erfreulich, dass trotz Eigenbeteiligung der Städte und Gemeinden ein großes Interesse bei den Bürgermeistern zu verzeichnen sei. Bald könne die 300-Kilometer-Marke für Radwege an Kreisstraßen erreicht werden.

Auf Rückfrage von Herrn Osterhues bestätigt Herr Grothues, dass die Landesförderung für Radwege von 70 % auf 60 % reduziert werde. Dies bedeute, dass der von Kreis und Kommune zu tragende Eigenanteil von 15 % auf 20 % steige.

Punkt 12: Anfragen

keine

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 19:06 Uhr.



Horstick
Vorsitzender

Schwering Sobek
Schriftführer